

## Österreichs Solidarität ist zum „Genieren“

Heftige Kritik an  
Flüchtlingspolitik zum  
Tag der Menschenrechte.

**WIEN.** Scharfe Kritik an der Flüchtlingspolitik der Regierung übte am Freitag die Liga für Menschenrechte: Sie sei „wirklich eine Schande, wir müssen uns dafür genieren“, sagte Präsidentin Barbara Helige angesichts der Tatsache, dass sich Österreich nicht an der EU-Initiative zur Aufnahme besonders schutzwürdiger afghanischer Menschen beteiligt.

15 EU-Länder wollen rund 40.000 besonders schutzbedürftige Menschen aus Afghanistan aufnehmen. Österreich wird sich nicht beteiligen, wurde am Freitag – am Tag der Menschenrechte – bekannt. Auch die ehemalige Liberalenchefin Heide Schmidt sagte, sie schäme sich für die mangelnde Solidarität mit von den Taliban bedrohten afghanischen Frauen: „Es beschädigt die Zuneigung zu meinem Land, zu sehen, wie hier mit Menschenrechten umgegangen wird.“

Generell würden Menschenrechte in Österreich zunehmend „egozentrisch formuliert“, stellte Barbara Helige fest – etwa wenn Einzelne es als Verlust der Freiheit beklagen, dass sie ohne Coronaimpfung nicht in Lokale dürfen. Der jüngst zum Thema gewordenen Spaltung der Gesellschaft leiste die Regierung Vorschub, indem sie Interessen starker Lobbys fördere. Dabei seien die großen Krisen – Pandemie, Klimaschutz, Migration – nur solidarisch zu lösen. SN, APA